

Anzeigenpreis:
Die Nebengebühren: Mon.
pazelle 2.—, An.
land 2.—, D. M. f. d. W.
meterzeile, Anzeigen die
Anzeigenzeile 8 Mk.
Ausland 8 D. M. Für die
erste Seite werden keine
Anzeigen angenommen.

Freie Presse

Bezugspreis:
In 1922 ohne Postzuschlag
monatlich 7 Mk. u. monat
lich 27 Mk., mit Postzuschlag
in 1922 monatlich 8 Mk.,
und monatlich 35 Mk. Durch
die Post bezogen kostet es
25 Mk. monatlich. Zusätze
werden nach vorheriger
Berechnung gestellt.

Bei höherer Gehalt, Betriebsdruck, Arbeitsüberlegung oder Änderung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Eigene Vertreter in: Alexandrien, Bagdad, Belgrad, Berlin, Bonn, Breslau, Danzig, Warschau, Lemberg, Lublin, Odessa, Posen, Riga, Rom, Sofia, Stettin, Tarnobrzeg, Tilsit, Varna, Wien, Zürich.

Nr. 196

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: 2063, Petrikauer Straße 56.

3. Jahrgang

Noch keine Entscheidung.

Zur Lage.

Das „Geheimnis Polischines“, wie der „Kurjer Poranny“ die von Lloyd George diktierten Waffenstillstandsbedingungen kürzlich genannt hat, ist gelöst worden. Polischines, bringen die Warschauer Zeitungen die Waffenstillstandsbedingungen in aller Ausführlichkeit. Da die polnische Regierung sich verpflichtet hatte, über sie Stillschweigen zu bewahren, bis die Antwort der Sowjetregierung auf den Vermittlungsvorschlag Lloyd Georges eingetroffen sei, kann man schon aus diesem Umstand schließen, daß die polnische Regierung von dem Eintreffen einer Antwort der Sowjets benachrichtigt worden ist. Der „Robotnik“ erklärt denn auch, daß am Freitag nachmittag durch Funkpruch aus London der polnischen Regierung mitgeteilt worden ist, daß Sowjetrußland die Waffenstillstandsbedingungen angenommen habe.

Ueber die Entscheidung des Rats der Staatsverteidigung wurde gleichfalls offiziell strengstens Stillschweigen bewahrt. Aber auch das war ein „Polischinesgeheimnis“, und wenn die „Gazeta Warszawska“ jetzt in einem Bericht über eine Geheimförmung der Sejmkommission für militärische und auswärtige Angelegenheiten unverblümt sagt, daß der Rat der Staatsverteidigung die Waffenstillstandsbedingungen angenommen habe, sagt sie kaum jemandem damit etwas Neues. Weniger bekannt ist schon, daß — wiederum berufen wir uns auf die „Gazeta Warszawska“ — diese Entscheidung des Rats der Staatsverteidigung hauptsächlich auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung, deren Vertreter im Rat selbst für Annahme gestimmt haben, gefaßt ist.

Um so merkwürdiger ist die Haltung des Wywolenieklubs und des „Narod“, die beide, wie die „Gazeta Warszawska“ wiederholt behauptet, dem Belvedere und der Obersten Heeresleitung nahe stehen. Der Wywolenieklub ist bekanntlich mit einem Aufruf zu flammendem Protest gegen die Waffenstillstandsbedingungen hervorgetreten. Der „Narod“ greift fortgesetzt die Regierung an, daß sie schwächliche Waffenstillstandsbedingungen annehmen wolle und fordert die Fortsetzung des Kampfes um jeden Preis, selbst wenn der Bolschewismus ganz Polen und von da aus ganz Europa überfluten sollte. Ob die Behauptung der „Gazeta Warszawska“ richtig ist, das „Wywolenieklub“ und „Narod“ wirklich das Sprachrohr der Obersten Heeresleitung sind, läßt sich nicht nachprüfen. Wäre die Behauptung richtig, dann hätten wir in Polen denselben Zwiespalt zwischen der polnischen Staatsleitung und der Obersten Heeresleitung, der schon für Deutschland so unheilvolle Folgen gehabt hat.

Das jetzige angebliche Sachministerium wird von den Parteien des Zentrums und der Linken ein nationaldemokratisch reaktionäres Kabinett genannt, und schließlich behandelt auch die Presse der Rechtsparteien die jetzigen Minister mehr oder weniger als ihre Leute. Die Rechtspresse greift dauernd die Heeresleitung außergewöhnlich scharf an, und die Nationaldemokraten haben in der schon erwähnten Kommissionsitzung den Antrag gestellt, eine durchgreifende Neubesehung der obersten militärischen Stellen vorzunehmen, um die Ursache des Übels zu beseitigen, wie die „Gaz. Warz.“ sich ausdrückt.

In der ersten Stunde des Tages läßt die so notwendige Geschlossenheit der inneren Front recht zu wünschen übrig. Von einem „Burgfrieden“ ist nichts zu spüren. Die Parteien bekämpfen sich schärfer denn je und suchen sich gegenseitig die Schuld an der gegenwärtigen Lage in die Schuhe zu schieben.

Die Verfassungsfrage, in einem unglückseligen Moment wieder aufgerollt, hat den Parteikampf nur noch verschärft. Unter diesen Umständen erweist sich das Fehlen einer stabilen parlamentarischen Mehrheit als unheilvoll. Die Parteigruppen halten jetzt den Augenblick für gekommen, ihre Leute in den Sattel zu heben. Der Block des Zentrums und der Linken hat seinen alten Plan eines Kabinetts Wittos — das ja noch lange nicht aufgegeben und ruft mit allem Stimmengewalt: „Fort mit Grabski! Wir brauchen jetzt eine vollständige Regierung, eine Regierung der Bauern und Arbeiter!“ Aber auch die Rechtsparteien scheinen das Kabinett Grabski nur als ein Provisorium zu betrachten. Ihr Ziel ist offenbar nicht nur ein Kabinettswechsel, für den Roman Dmowski, Josef Haller, Dombor-Masnicki und vielleicht die eine oder andere Persönlichkeit aus dem

gegenwärtigen Kabinett bereit haben, sondern auch die Erhebung des Staatschefs Pilsudski durch Paderewski. Vor längerer Zeit schon ging, von den Blättern der Rechtsparteien heftig widersprochen, die Nachricht durch die Linkspresse, daß Paderewski in diplomatischer Mission ins Ausland geschickt worden sei. Vor wenigen Tagen hat der Außenminister Fürst Sapieha die Nachricht, daß Paderewski als offizieller Vertreter Polens in Spaa sei, dementiert. Wie der „Robotnik“ von seinem Pariser Korrespondenten jetzt erfährt, sei Paderewski doch in Spaa und verhandle mit den Staatsmännern der Entente in einem gegen Pilsudski gerichteten Sinne. Daran ist nichts Unwahrscheinliches. Weniger wahrscheinlich erscheint uns eine Bemerkung, die der Korrespondent des „Robotnik“ an diese Meldung knüpft, nämlich, daß die Nationaldemokraten Lloyd George dadurch für sich und Paderewski gewinnen wollten, daß sie versprechen, durch eine geheime Verständigung mit Deutschland dem Bolschewismus einen haltbaren Damm entgegenzusetzen zu wollen.

Ueber die Lage an der Front geben die Generalstabsberichte ausweichende Auskunft. Der Rückzug ist das schwerste aller strategischen Manöver. Es ist nur einmüßigen befriedigend durchzuführen, wenn das Gelände eine gewisse Tiefe hat, d. h. größere Flächen aufgegeben werden können, ohne strategisch wichtige Punkte, bedeutende nationale Werte zu opfern. Zum großen Teil ist an der Front (unbesetzten polnischen Gebiet beginnt am Bug und Zbruc) diese Vorbedingung noch vorhanden. Von ebenso großer Bedeutung ist, daß die Truppe fest in der Hand ihrer Führer bleibt, um gegebenenfalls durch taktische Gegenoperationen die notwendige Zeit zur Rückverlegung des ganzen Stappensapparats, der Waggons usw. zu sichern. Nach Generalstabsberichten ist auch diese Vorbedingung gegeben.

Eine offizielle Bestätigung der Meldung, daß die Sowjetregierung bei der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen den Vorbehalt gemacht habe, die künftige Friedenskonferenz solle in Brüssel stattfinden, ist noch nicht erfolgt. Man könnte einen solchen Vorbehalt so auslegen, daß die Sowjetregierung nach allem Nezept die Entente nur hinhalten und an einem aktiven Eingreifen verhindern wolle. Bleibt man aber in Betracht, daß Rußland nach sechsjährigem Krieg den Frieden braucht, daß der Sowjetregierung an der Anerkennung durch die Entente und an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen liegt, wird man sich der Auffassung der immer gut informierten „Gaz. Warz.“, daß der Abschluß des Waffenstillstandes nur noch eine Frage von Tagen sei, anschließen können. Ob dieser Waffenstillstand aber tatsächlich zum Frieden führen wird, ist eine andere Frage, auf die man heute naturgemäß noch keine Antwort geben kann.

Die Sowjetregierung gegen Englands Vermittlung.

London, 19. Juli. (Pat.)

Die Moskauer „Pravda“ meldet, dem „Daily Telegraph“ zufolge, daß die Sowjetregierung an die englische Regierung ein Funkentelegramm geschickt habe, in dem sie über das Vermittlungsangebot Englands in der Frage des Abschlusses eines Waffenstillstandes zwischen Polen und Sowjetrußland ihr Bestreben ausdrückt. Wenn Polen mit Rußland Frieden schließen will, so soll es sich selbst an die Sowjetregierung wenden, wie es seiner Zeit Rußland getan hat, indem es Polen um einen Friedensschluß anging.

England und Polen.

Der „Di. Post.“ schreibt: Was soll uns von England Gutes kommen? Die gegenwärtige englische Regierung will kein starkes Polen, weil es ein polnisch-französisches Übergewicht auf dem Kontinent nicht wünscht. Sein Ziel ist, zwischen Deutschland und Rußland eine Reihe kleinerer und mittlerer Staaten zu errichten, die ausreichen, um als Gegengewicht gegen eventuelle imperialistische Pläne Deutschlands zu dienen, die aber unschädlich sind, irgend welche selbständige Politik zu treiben.

„Narod“ meint: England verhandelt seit zwei Monaten offiziell mit Kraft und Macht alle erdenklichen Anstrengungen, um die Beendigung des Krieges zwischen Polen und Rußland um jeden Preis herbeizuführen. Offenbar um jeden Preis, den Polen bezahlen soll.

Der „Narod“ schreibt: „Die gegenwärtige Stunde entscheidet darüber, ob Polen ein selbständiger Staat oder eine fremde Kolonie werden soll. Nie und nimmermehr wollen wir eine englische Kolonie werden. Wir können nicht gutwillig den Nacken unter das Joch legen und ein Willkürherrschaft aufbauen, das kein Petroleum und keine Kohlen hat, und dem die natürlichen Grenzen und der Zugang zum Meere fehlen. Täuschen wir uns nur nicht: Auch das Schicksal Oberschlesiens wird an unserer Ostfront entschieden. Die beiden wichtigsten Ädern unserer Produktion — Kohlen und Petroleum — durchschneiden uns unsere eigenen Verbündeten.

Die Bolschewiken in Bessarabien.

Danzig, 19. Juli.

Die „Danziger Zeitung“ meldet aus Belgrad, daß nach Meldungen rumänischer Flüchtlinge die Bolschewiken in Bessarabien eingefallen seien. In anbetrach dessen hat Rumänien die allgemeine Mobilisierung anbefohlen.

Das polnische Autonomiegesetz für Schlesien.

Im Sejm ist ein Autonomiegesetz für die „Wojewodschaft Schlesien“ angenommen worden. Aus den Polen ewig, zufallenden Teilen Oesterreich-Schlesiens und Oberschlesiens soll eine besondere Wojewodschaft gegründet werden, die weitgehende Autonomie erhalten soll. Die Autonomie Schlesiens soll nur durch Volksabstimmung in den betreffenden Gebieten selbst wieder aufgehoben werden können. Die höchsten Organe in der Wojewodschaft sollen der schlesische Sejm und der schlesische Ausschuss sein. Der schlesische Sejm selbst soll die Verfassung Schlesiens im Rahmen der polnischen Staatsverfassung festlegen. Dem Präsidenten der Republik steht das Vetorecht gegen die schlesische Verfassung zu. In ihrer endgültigen Bestätigung und späteren Änderung ist eine Volksabstimmung notwendig. Der Kompetenz des schlesischen Sejms wird grundsätzlich entzogen. Auswärtige und militärische Angelegenheiten, Münz- und Zollwesen, Post, Telephon und Telegraphen, Vorschriften über das Bürgerrecht usw. Die Abgeordneten zum schlesischen Sejm (auf je 15 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter) sollen gleichzeitig Mitglieder des Warschauer Sejms sein, aber in Angelegenheiten, die der Kompetenz des schlesischen Sejms vorbehalten sind, sollen sie im polnischen Sejm nicht mitbestimmen und abstimmen. Der schlesische Ausschuss soll die Regierung Schlesiens sein. Er soll sich aus dem Wojewoden und seinen Stellvertretern, die vom Präsidenten der Republik ernannt werden und drei Mitgliedern, die vom schlesischen Sejm gewählt sind, zusammensetzen. Jedes der Mitglieder des Ausschusses ist gleichzeitig Leiter einer Verwaltungsabteilung. Die Beamten bis zur 8. Rangstufe ernannt der Ausschuss, die Beamten höherer Rangklassen der Staatschef im Einvernehmen mit dem Wojewoden. Die Gerichte in Schlesien sind staatlich und sprechen im Namen der polnischen Republik Recht. Schlesien erhält aber einen besonderen Verwaltungsgerichtshof. — Als Sitz des Sejms und des Ausschusses ist Wroclau ausersehen. Im Sejm spricht man davon, daß als erster Wojewode von Schlesien der Abg. Korsantow vorgesehen ist.

Die Teschener Frage.

Lyon, 19. Juli. (Pat.)

Der Botschafterrat hielt am Sonnabend eine Sitzung ab, in der über die Teschener Frage verhandelt wurde. Der Rat nahm den Bericht des tschechischen Außenministers Benesch entgegen und beschloß, die Besprechungen in dieser Frage am Dienstag fortzusetzen und die Erklärungen des Delegierten der polnischen Regierung anzuhören.

Das Ergebnis von Spaa.

Deutsche Pressestimmen.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Das Unbegreifliche ist nun doch Ereignis. Die deutsche Abordnung in Spaa unterschreibt zum zweiten Male eine Verpflichtung, die sie selbst im Verein mit allen Sachverständigen als unausführbar bezeichnet hat. Die Politik Erzbergers und Scheidemanns, des Waffenstillstandes und des Versailler Friedens wird unverändert fortgesetzt. Die schwachen Funken der Hoffnung, die hier und da im deutschen Volke aufglühten, als die Wahlen am 6. Juni das Erwachen des nationalen Geistes anzigten, sind zertrütert, reiflos ausgelöscht, und was übrig bleibt, ist nur graue Asche, die sich die Unterdrückten von Spaa auf ihre schuldigen Schellen streuen dürfen.

Der „Tag“: Der Versailler Vertrag ist durch die Konferenz von Spaa auch nicht um einen Deut besser geworden. Im Gegenteil, daß man sich neuerlich auf Unmöglichkeiten hat festlegen lassen, ist katastrophal für alle bündeligen Staaten, und von keinem der Staatsmänner in Spaa ist eine großzügige Politik getrieben worden. Dem Handeln um kleine Änderungen entspricht das enttäuschende Ergebnis. Ein Notenwechsel hätte mit weit geringerem Aufwand daselbe besser und ohne jede große Erregung zeitigen können, die der Konferenz den Blick für das Wesentliche getrübt haben. Mit einer Versprechung über Oberschlesien hat sich die deutsche Delegation abgeben lassen. Die Vertragung der Entschädigungsfrage steht dem Grotesten die Krone auf.

Der „Vormärz“: Die Unterzeichnung des Kohlenabkommens unter gleichzeitiger Ablehnung der Einmarschklausel entspricht den geübten Vermutungen. Betrachtet man das Zustandekommen der deutschen Delegation vom Standpunkt unserer Leistungsfähigkeit und unserer tatsächlichen bisherigen Leistungen, so findet man es allerdings bedauerlich hoch. Im Verhältnis zu den ursprünglichen Forderungen des Friedens von Versailles erreicht aber das deutsche Zugeständnis sozusagen nur die halbe Höhe der Unmöglichkeit, denn in Versailles wurden von uns 20 Millionen Tonnen im Frühjahr gefordert, in Spaa nur 12 Millionen.

Die letzten Verhandlungen vor der Unterzeichnung.

Spaa, 16. Juli.

Die abschließende deutsche Kabinettssitzung, die heute morgen stattfand, hat zu dem Beschluß geführt, wegen der Goldmarkprämie auf die auf dem Landweg gefandte Kohle, wegen Oberschlesien und wegen des Ruhrgebietes heute nachmittag bei dem Obersten Rat noch Einwände zu erheben. Um 5 Uhr begann die Sitzung. Die Einwände wurden, nachdem Simon sie dargelegt hatte, abgelehnt. Lloyd George sagte, man könnte nicht weiter entgegenkommen. Was Oberschlesien angeht, so sei er durchaus der Ansicht, daß im Falle, wenn eine zu große Einbuße an Rohkohle eintrete, Oberschlesien durch Vergrößerung der Nation für Deutschland anschließen müsse. Das ist auch indirekt für Süddeutschland wichtig. Lloyd George wandte seine ganze Vereinsamkeit auf, um den Deutschen zu beweisen, daß die Ruhrklausel — die Einmarschklausel — nicht die Bedeutung habe, die die Deutschen ihr anlegten (?). Simon und Fehrenbach zogen sich darauf zur Beratung zurück. Simon war von Anfang an entschieden der Meinung, daß in der Ruhrklausel nicht nachgegeben werden dürfe. Das zu unterzeichnende Protokoll der Alliierten enthielt am Anfang den Vermerk: „in voller Uebereinstimmung der Unterzeichneten.“ Am Schluß kam dann die Ruhrklausel. Der Präsident Delacroy, der ununterbrochen zwischen den deutschen Delegierten und Alliierten hin und herging, stimmte inzwischen zu, daß die deutsche Delegation einen befähigten Auszug aus dem Protokoll mit den Zusicherungen Lloyd Georges über Oberschlesien erhalten sollte. Das war also erledigt. Aber in der militärischen Klausel sollte der deutsche Vorbehalt lediglich durch den Satz ausgedrückt werden, daß dieses Protokoll für Deutschland gelte, soweit es Deutschland angehe. Da über dem Protokoll stand, daß es sich um Entschädigungen der Alliierten handle, könne Deutschland voll zustimmen. So konnten wir das Protokoll nicht unterschreiben. Inzwischen wurden die Minister berufen, die um eine Minute vor 8 Uhr eintrafen. Auch sie stimmten der Ansicht Simon zu. Es wurde hin und her verhandelt, bis Delacroy einen Brief anbot, der den deutschen Stand-

